

Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M., u. Abh. 4 M. vierteljährlich. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alster-Terrasse 10. Spzr.: Nordsee 8248. Postsch.: Vermögenswert. d. Verb. Hamb. 11598
46. Jahrgang Hamburg, 30. Januar 1932 Nummer 5

Wirtschaft und Politik

Wer sich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigt und sie einer positiven Lösung zuzuführen sucht, wird bald einsehen, daß er nicht daran vorbeikommt, auch politische Angelegenheiten mit in den Kreis seiner Betrachtungen einzubeziehen. Wohl ist es möglich, die heutige Wirtschaft zu analysieren, genau in ihren Einzelheiten zu untersuchen, um festzustellen, wo sie krank beziehungsweise nicht lebensfähig ist; sobald man sich dann aber die Fragen nach dem „Warum“ und „wie ist zu helfen“ vorlegt, werden bestimmt politische Überlegungen dabei eine Rolle mitspielen. Wirtschaft und Politik sind unzertrennlich, da sie eng miteinander zusammenhängen.

Wer es bisher noch nicht wußte, der besetze sich das heutige Gesicht der Welt, das ein Spiegelbild des wirtschaftlichen Chaos und teils eine Folge, zum andern die Ursache der politischen Zerrissenheit ist. Wohl konnte man auch vor dem Kriege keinesfalls von einer ausgeglichenen Weltwirtschaft und gesunden Politik der Regierungen reden, aber der Wirrwarr der heutigen Zeit ist doch nur verständlich im Hinblick auf das Verbrechen des Weltkrieges, das viele zwischen den Völkern der Erde geknüpft wirtschaftliche und politische Fäden zum Zerreißen brachte. Die Unvernunft nach dem Kriege, der Friedensvertrag von Versailles mit der Festlegung von unermesslich zu zahlenden Summen für die im Weltkrieg unterlegenen Völker zur „Wiedergutmachung“, die Zerreißung Europas, die Schaffung neuer Zollgrenzen und Währungen und was alles damit zusammenhängt, ließ die Völker Europas und der ganzen Erde nicht zur ruhigen Entwicklung kommen. Denn wenn auch die besiegten Staaten am meisten litten, so hat sich doch der erwartete Segen, bestehend im wirtschaftlichen Aufstiege, auch bei den Siegerstaaten keineswegs eingestellt. Ein Land nach dem andern wurde in den Strudel der Krise hineingezogen, und selbst Frankreich, das sich lange als krisenfest erwiesen hatte, fängt an, unter der Last der Arbeitslosen und Kurzarbeiter zu seufzen. Wie tiefgehend auch die Volkswirtschaften vieler anderer Länder betroffen wurden, selbst jener, die immer als gesund galten, hat uns die Tatsache gezeigt, daß mehr als 40 Länderregierungen, darunter jene Englands und der an den Kriegsgewinnen stark beteiligten nordischen Staaten, gezwungen waren, ihre Goldwährung aufzugeben beziehungsweise Verwässerungen ihrer Währung vorzunehmen. Die ganz anormalen Wirtschaftsverhältnisse aber sind es, die politisch sehr unerfreuliche Folgen hatten. Nicht nur in Deutschland, wo es allerdings zu den stärksten politischen Umschichtungen gekommen ist, sondern auch in andern Staaten. Allenthalben, hier weniger, dort mehr, macht sich heute der Radikalismus breit, der durch eine Eisenbarren Wandel zum Besseren schaffen will. Nur die trostlose Wirtschaftslage mit ihren Millionen Arbeitslosen und den geringen Verdienstmöglichkeiten breiter Volksschichten, dazu die Ausichtslosigkeit jedes Vordrängens für die Jugend, läßt eine Erklärung dafür zu, daß diese Parteien, trotz aller schlechten Erfahrungen während des Krieges, Unterstützung finden.

Darum auch unsere Forderung an die Regierungen, alle Wege zu beschreiten, die zu einer Ingangsetzung der Wirtschaft in Frage kommen, und international und im Lande selbst Arbeiten im großen Ausmaße bereitzustellen. Mag die Finanzierung Schwierigkeiten machen, so dürfen uns diese doch nicht schrecken. War es möglich, während des Krieges Milliarden über Milliarden zusammenzubringen, um damit ungeheure Werte zu zerstören, dann muß es heute auch gelingen, Gelder flüssig zu machen, die dem Aufbau und Ausbaude

Wirtschaft dienen. Die Wege dazu sind von den Organisationen der Arbeiterschaft schon gewiesen worden.

Wer aber nun praktisch an die Verwirklichung solcher Pläne gehen will, der wird sich schnell überzeugen, daß er es nicht nur mit einem wirtschaftlichen, sondern zugleich auch politischen Problem zu tun hat. — Trotzdem der Krieg nun schon mehr als ein Dutzend Jahre hinter uns liegt, ist es zu keiner völligen politischen Beruhigung gekommen. Wie groß das noch zwischen den Völkern herrschende Mißtrauen ist, ergibt sich am besten aus dem Stand der Rüstungsindustrie. Mit Ausnahme der im Krieg unterlegenen, zwangsweise abgerüsteten Staaten ist kaum ein Land zur Rüstungsbeschränkung übergegangen, und auch die Abrüstungskonferenzen der nächsten Zukunft versprechen wenig Erfolg.

So wie die Partie zur Zeit steht, ist anzunehmen, daß eine Belebung der Wirtschaft nur dann erfolgt, wenn die politische Atmosphäre gereinigt ist. Erst dann werden die kapital schwachen Länder von denen mit Geldüberfluß, gegen angemessene Verzinsung, Kredite erhalten, um damit ihre Wirtschaft anzukurbeln. Da aber die Herstellung von Massenartikeln aller Art nur einen Sinn hat, wenn diese auch abgesetzt sind, muß gleichzeitig dafür gesorgt werden, daß die Kaufkraft der Bevölkerung gehoben wird. Dies kann in Deutschland dadurch geschehen, daß man dem deutschen Volke die Reparationszahlungen

erläßt. Darum und um der Gerechtigkeit willen, denn Deutschland hat nach unserer Auffassung schon genügend für die Wiedergutmachung bezahlt, fordern die deutschen Gewerkschaften: Schluß mit den Reparationen. Leider konnten wir in den letzten Tagen beobachten, daß, trotzdem die Einsicht von der Notwendigkeit der Zahlungseinstellungen durch Deutschland im Auslande wächst, die politischen Rücksichtnahmen wieder zu einer Verschleppung der so dringend notwendigen Regelung dieser Frage führten. Die Kaufkraft kann in Deutschland aber auch noch durch die Niederlegung beziehungsweise den Abbau der Zollgrenzen erreicht werden; denn so wie jetzt sind die Zölle unhaltbar.

Bei Betrachtung der wirtschaftlichen Zustände unserer Zeit drängt sich also immer wieder die Erkenntnis auf, daß die Wirtschaft nicht ohne vernünftige politische Zustände gedeihen kann, daß aber geregelte Wirtschaftsverhältnisse starken Einfluß auf die politischen Zustände ausüben. Daraus ergeben sich aber auch zwingende Erkenntnisse für die politische Haltung der Arbeiterschaft. Sie kann nicht jenen nachlaufen, die es zu keiner Befriedigung zwischen den Völkern kommen lassen wollen, die durch ihr blödes Geschrei vielmehr nur erreichen, daß das gegenseitige politische Mißtrauen zwischen den Völkern bestehen bleibt und die Hebung des wirtschaftlichen Güterausstausches hinausgezögert wird.

Nur eine auf Vernunft aufgebaute und gegenseitiges Vertrauen bedeckende Politik wird uns auch wieder bessere Wirtschaftsverhältnisse bringen. Dann aber erst wird den Organisationen der Arbeiterschaft die Gelegenheit zum weiteren Vorstoßen gegeben sein.

Sofort-Programm, Notverordnung und organisierte Arbeiterschaft

Die 4. Notverordnung, zur Sicherung „der Wirtschaft und Finanzen“ erlassen, brachte für die Arbeitnehmer Verschlechterungen, wie sie sie bestimmt nicht erwartet hatten. Nach dem Willen der Regierung soll durch diese Notverordnung, wie schon durch die drei vorhergegangenen, die Wirtschaft angefeuert und die Arbeitslosigkeit vermindert werden. Es ist aber nach den bisher gemachten Erfahrungen mehr als zweifelhaft, ob dieses „Soll“ Tatsache wird; die Vorgänger dieser letzten Notverordnung haben uns sehr skeptisch gemacht. Trotzdem die Gewerkschaften nach dem Bekanntwerden des Inhalts der geplanten Notverordnung aufs schärfste gegen ihre Herausgabe protestierten, wurde sie von der Regierung erlassen.

Aber nicht nur die Arbeitnehmer — auch die Arbeitgeber sind unzufrieden. Auch ihnen gefällt der Inhalt der Notverordnung nicht. Was sie wollten, ist im „Sofort-Programm der elf großen Wirtschaftsverbände“ niedergelegt. Vergleiche man diese mit der Notverordnung, dann kann man ihre Unzufriedenheit verstehen.

Im Sofort-Programm der Wirtschaftsverbände wurde nämlich unter anderem von der Regierung verlangt: Beseitigung der Verbindlichkeitsklärung von Lohn- und Tarifverträgen, individuelle Lohngestaltung, endgültige Beseitigung aller Reste der Zwangswirtschaft usw. — Die Regierung müsse in kraftvoller Entschlossenheit den Weg zu sofortigem Handeln finden. Und die Regierung hat gehandelt, sie hat die Wünsche und Forderungen der Unternehmer aber dabei größtenteils unberücksichtigt gelassen.

Die kapitalistische Mißwirtschaft ließ etwas anderes gar nicht zu. Von der Unfähigkeit der Wirtschaftsführer, die Wirtschaft im Interesse des Volksganzen zu leiten, haben wir in den letzten Jahren genügend Beweise erhalten.

Wenn nun die Regierung die Wünsche und Forderungen der Unternehmer auch nicht restlos erfüllte, so ist sie ihnen doch in mancher Beziehung entgegengekommen. Unsere Forderungen wurden ebenfalls nur in beschränktem Maße berücksichtigt: die Bankenaufsicht, der Lastenausgleich bei der Unfallversicherung usw. wurden aber in die Notverordnung aufgenommen.

Nachdem die Löhne nunmehr auf Grund der Notverordnung gekürzt worden sind, sollte man erwarten, daß sie wenigstens nicht noch durch Aufseher unterboten werden. Leider bringen es die Verhältnisse mit sich, daß auf alle mögliche Art und Weise versucht wird, den in Arbeit

stehenden Kollegen vom Tariflohn abzubringen. Fürcht vor einer unabsehbaren Arbeitslosigkeit ist es, die den einen oder andern veranlaßt, diesem Drängen nachzugeben und so Verrat an der Arbeiterschaft zu üben! Diese Unsicherheit würde aber von den Arbeitgebern noch bedeutend mehr ausgenutzt werden, wenn ihre Forderung nach Beseitigung der Verbindlichkeitsklärung erfüllt worden wäre. Unter den jetzigen Umständen hat der Arbeitnehmer noch den Vorteil, daß er seinen zu wenig erhaltenen Lohn einklagen kann. Die Hauptbedingung ist in diesem Falle allerdings, daß er Mitglied der Organisation ist.

Ja, die Organisation, der Verband, das ist das Schmerzenskind der Unternehmer, aber nur dann, wenn es sich um die Organisation des Arbeitnehmers handelt. Selbst sichert man sich doppelt und dreifach, gründet Extrakassen, um bei einem Streit finanziell unterstützt zu werden usw. Was aber für den einen recht ist, darf nach Meinung der Arbeitgeber dem andern noch lange nicht billig sein. Schon seit Jahren hören wir von ihnen dieselbe Litanei, wie: die hohen Beiträge zu zahlen, sei Unsinn, bei freier Vereinbarung würde mehr verdient (aber immer nur nach Leistung), die Gewerkschaftsangehörigen sind nur Hege, die sich von den Beiträgen ein gemütliches Leben machen usw.

Da auf diese Redensarten kein vernünftiger Arbeiter mehr hereinkommt, eine Schwächung oder gar Zertrümmerung der Gewerkschaften nicht erreicht wird, versucht man es mit „Forderungen“ bei der Regierung. Das Ziel der ganzen Forderungen, wie: Auflockerung der Tarifverträge, Los von der Lohnbindung usw., ist einzig und allein die Zerschlagung der Gewerkschaften! Dieses Ziel wurde nicht erreicht. — Das ist es, was wir als größten Gewinn für uns buchen können. Niemand, weder die Gewerkschaften noch die Unternehmer, ist aus diesem Rennen um die Notverordnung als Sieger hervorgegangen! Die Unternehmer werden aber nicht locker lassen und ihr Ziel, die Zerschlagung der Gewerkschaften, zu erreichen suchen. Wenn nicht mit der Regierung, dann — vielleicht mit Hitler?! Die Harzburger Tagung und das Dokument von Borheim haben uns einen tiefen Einblick in all das „Gute“ tun lassen, was man uns zugebracht hat.

Es ist unsere Aufgabe, nicht nur die Erfüllung der Unternehmerwünsche zu vereiteln, sondern wir müssen uns auch das Verlorengegangene wieder zurückerobern.

Dazu gehört vor allem das Vertrauen zur Organisation und der Glaube an die Zukunft. Der brutale Eingriff in die bestehenden Verträge, die ungerechte Lastenverteilung und so manches andere können wohl bei Wankel-

mütigen dieses Vertrauen herabmindern. Wenn es nicht so geht wie sie es wünschen, dann haben Organisation und Partei versagt. Es genügt dann noch ein wenig Sehen im Stempelklub oder bei sich bietender Gelegenheit von rechts oder links, und dieser Kollege ist für die Bewegung verloren. Diese Kollegen sind es, die die Zeichen der Zeit nicht verstehen, und anstatt in Reih und Glied mitzukämpfen, auf Partei und Gewerkschaften schimpfen.

Es ist Aufgabe der Kollegen, diese „Wetterfahnen“ immer wieder zu bearbeiten und aufzuklären. Aber nicht nur diese, auch die völlig Indifferenten müssen bearbeitet werden, damit sie sich endlich in unsere Front einreihen.

Noch ein paar Wochen, und wir brauchen jeden Mann im Wahlkampf! Da heißt es, werben, werben und nochmals werben! Einigkeit, Geschlossenheit und Stärke waren noch nie so notwendig wie gerade jetzt. Schon vor ein bis zwei Jahren wurde von den Linksradiakalen immer wieder betont: „Wir haben nichts mehr zu verlieren als unsere Ketten.“ Daß wir noch viel, sehr viel zu verlieren haben, zeigen uns die Forderungen der Unternehmer!

Sollen wir das alles preisgeben, sollen die jahrzehntelangen Kämpfe der Gewerkschaften vergebens gewesen sein? Nein! Nie und nimmer! Agitieren und werben wir mit derselben Energie wie es die Links- und Rechtsradiakalen tun. Wir haben das Recht und die Pflicht dazu! Wir können den zu gewinnenden Kollegen Erfolge nachweisen, während die andern nur Versprechungen auf die Zukunft abgeben können. Darum sei jeder Werber und Agitator! Sei es auf der Arbeitsstelle, sei es im Stempelklub, überall und immer wieder heißt es, werben für unsere gerechte Sache.

Der vorübergehende Druck, verursacht durch die Weltwirtschaftskrise, verlangt von uns Männer, die sich durch augenblicklich unvermeidbare Rückschläge nicht aus dem Gleichgewicht bringen lassen. Und „Männer“ wollen wir sein, keine Wetterfahnen, sonst wären wir nicht wert, an dem großen Werk der Befreiung der Arbeiterschaft mitzuarbeiten. Dieses Werk wird gelingen, wenn jeder von uns seine Pflicht erfüllt!

Und was machst Du?

W. Düster, Münster i. W.

Zusammenbruch

der Maler-Innungskrankenkasse Hannover

Den wiederholten Anregungen des Innungskrankenkassen-Hauptverbandes und dem Zuge der damaligen Zeit entsprechend, wurde auf Beschluß der hiesigen Zwangsinnung für das Malergewerbe am 1. April 1928 eine Innungskrankenkasse gegründet.

Alle Proteste unserer Organisation und der Versicherer gegen die Gründung, hatten bei unsern Meistern und bei den Behörden keinen Erfolg.

Bei der Gründung wurde Herr Obermeister Stollberg und die Innungsmitglieder vom Vorsitzenden des Innungskrankenkassen-Hauptverbandes, Herrn Dr. Effenfeld, belehrt, daß die Kasse auf alle Fälle mit einem Beitragsfuß von 4 % des Grundlohnes auskomme. Eine größere Belastung für die Arbeitgeber gegenüber der Allgemeinen Ortskrankenkasse trete somit nicht ein. In einer Ausschusssitzung am 21. März 1928, in der Herr Dr. Effenfeld anwesend war, ist es trotz ausdrücklicher Verwahrung der Versicherervertreter bei einem Beitragsfuß von 4 % geblieben. Schon nach kurzer Zeit ging die Weisheit des Herrn Dr. Effenfeld in die Brüche. Im Herbst des Jahres 1928 hatte die Kasse beim Landesarbeitsamt eine Schuld von rund 25 000 M. Als das Landesarbeitsamt energisch das Geld verlangte, mußte die Kasse nach neuen Einnahmen oder Verminderung der Leistungen suchen. Von seiten der Arbeitgeber wurde eine Erhöhung der Beiträge auf 5 % und ein Abbau der Leistungen bis zur Regelleistung vorgeschlagen und auch beschlossen. Es gelang den Versicherervertretern, wenn auch über den Weg durch das Versicherungsamt, einen Abbau der Leistungen abzuwehren. Der Beitrag wurde dann auf 7 % festgesetzt. Unsere Kollegen haben damals der Er-

höhung zugestimmt, einmal, um Verschlechterungen abzuwehren, zum andern aber auch, um zu verhindern, daß die Leistungen zwangsweise durch das Versicherungsamt herabgesetzt würden, wie es kurz vor ihrem Zusammenbruch in der Maler-Innungskrankenkasse in Essen geschehen war.

Die Kasse ist trotzdem während der ganzen Zeit ihres Bestehens aus den Finanzschwierigkeiten nicht herausgelommen, einmal wegen der Schuld beim Arbeitsamt und zum andern wegen der großen Rückstände; mußten doch laut Geschäftsbericht 1929 von 25 % aller Arbeitgeber die Beiträge durch Zwangsverfahren eingetrieben werden. Diese Arbeit machte die Einstellung eines zweiten Angestellten notwendig. Die Verwaltungskosten stiegen hierdurch beängstigend, denn es waren nun zwei Angestellte und eine Hilfskraft bei rund 1200 Mitgliedern tätig. Der hohe Beitragsfuß von 7 % brachte natürlich Unruhe in die Reihen der hiesigen Malermeister, zumal der Satz über dem der Allgemeinen Ortskrankenkasse lag. In mehreren Innungsversammlungen versuchte daher ein Teil der Meister eine Auflösung der Kasse herbeizuführen. Herr Dr. Effenfeld ging in einer dieser Versammlungen soweit, zu behaupten, der schlechte Stand der Kasse sei auf die überaus starke Inanspruchnahme seitens der Versicherer zurückzuführen. Die Ausnutzung der Kasse sei systematisch von seiten der Gehilfen betrieben worden. Eine, wenn auch nur sehr geringe Mehrheit, die größtenteils aus Meistern, die keine Gehilfen beschäftigten, bestand, sprach sich aber für Beibehaltung der Kasse aus.

Zu den Geldschwierigkeiten durch die schlechte Wirtschaftslage kamen noch weitere durch die Unterschlagung des Angestellten Wagener im November 1931 von rund 15 000 M. Die Unterschlagungen wurden bei der Ueberweisung des Geldes zum Landesarbeitsamt ausgeführt. Wagener hat die Unterschlagung zugegeben und das Tageslohnbuch verbrannt. Die Kasse ist im Laufe der Jahre wiederholt vom Versicherungs- und Landesarbeitsamt geprüft, doch keine der Behörden hat die Unterschlagungen und Buchfälschungen festgestellt.

Der Vorstand der Kasse hat von einer sofortigen Strafanzeige Abstand genommen, weil er glaubte, auf diese Art einen Teil des unterschlagenen Geldes wieder hereinzubekommen. Die Strafanzeige ist dann 14 Tage später nach einem Bericht über den ganzen Sachverhalt auf Antrag einer Mitgliederversammlung von seiten unserer Organisation erfolgt.

Herr Obermeister Stollberg, der anfangs noch eine Sanierung der Kasse versuchte, hat dies nun aufgegeben. Unsere Versicherervertreter verlangten im Interesse unseres Gewerbes und der Versicherten die Auflösung der Kasse. Das Versicherungsamt hatte schon vor der Notverordnung den Abbau bis zur Regelleistung zwangsweise angeordnet.

Am Freitag, den 8. Januar, hat sich dann eine gut besuchte Innungsversammlung mit der ganzen Angelegenheit befaßt, und einer Erklärung des Obermeisters, die Kasse in spätestens 3 Monaten aufzulösen, einmütig zugestimmt. Der Ausschuß der Kasse hatte am Tage vorher denselben Beschluß gefaßt.

Herr Dr. Effenfeld versuchte in der Innungsversammlung nochmals für sein System Propaganda zu machen. Er wurde mit allerlei „angenehmen“ Bemerkungen empfangen. Die hannoverschen Malermeister hatten von seinen Belehrungen genug, so daß er unverrichteter Sache abziehen mußte.

Die Kasse hat noch eine Schuld beim Landesarbeitsamt von rund 25 000 M und 3500 M andere Verpflichtungen. Für unsere Meister eine harte und bittere Lehre, muß doch nun dieser Betrag durch Umlageverfahren eingetrieben werden. Die einzelnen Geschäfte werden mit 80 bis 100 M belastet.

Wir dürfen wohl annehmen, daß unsere Meister in Zukunft auf die Meinungen und Erfahrungen der Gehilfen mehr Gewicht legen. Das Nachgeben gegenüber den Belehrungen mancher Herren, auch wenn sie durch

die Schule von Professor Sornegger gegangen sind, ergeben nur Fehlschläge für das Handwerk. Das hat uns die Episode der Maler-Innungskrankenkasse wiederum bewiesen.

Arbeitgeberstimmen über die Gewerkschaften

Am Ende des Jahres stellen auch die Arbeitgeber des Malergewerbes in ihrer Presse Betrachtungen über die Vergangenheit, besonders über das verflossene Jahr, an. Dabei kommen sie manchmal auch auf das Verhältnis mit den Arbeitnehmern beziehungsweise deren wirtschaftliche Organisationen, die Gewerkschaften, zu sprechen. Es ist nun recht interessant, festzustellen, wie die Gewerkschaften von ihren Gegnern beurteilt werden. Da lesen wir unter andern in einem Organ: „Ich brauche nur auf die Rechte und Vorteile hinzuweisen, die die Gewerkschaften sich durch ihre geschlossene Macht errungen, und die sich ganz besonders nachteilig für das selbständige Handwerk ausgewirkt haben. Auch auf die gewerkschaftliche Lohnpolitik weise ich hin. In fast allen Fällen wurden uns die hohen Löhne, trotz unseres Widerspruchs, doch diktiert. Welchen Kampf haben wir gegen die Einführung der Ferien geführt; dieselben wurden uns gleichfalls von einem aus der Gewerkschaft hervorgegangenen Schlichter in dem Tarifvertrag verankert.“

Man fühlt förmlich aus diesen Zeilen heraus, wie unangenehm die Gewerkschaftsarbeit dem Artikelschreiber ist, und wie er wohl am liebsten alle Errungenschaften der Gewerkschaften mit einem Federstrich auslöschen möchte. Aber das wird bestimmt ein frommer Wunsch bleiben.

In einem Artikel in einer andern Arbeitgeberzeitung, die sich mit der Frage der (Arbeitgeber-) Fachpresse beschäftigt, liest man es aber auch anders. Hier heißt es: „Wenn wir weitere Einzelheiten des Aufgabenkomplexes unserer Fachpresse noch nennen wollen, so wäre es die nachhaltige Vertretung eines gedeihlichen Arbeitsverhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern beziehungsweise Meister, Gehilfen und Lehrlingen. Ferner das Eintreten für die öffentliche und staatliche Arbeitsvermittlung, hier im Zusammenhange der Tarifverträge, der seit nahezu dreißig Jahren als Grundlage gegenseitigen Verständnisses geschaffen wurde, und auf dem die Möglichkeit einer realen Preisgebung für Maler- und Tüncherarbeiten sich vertreten läßt.“

Das klingt schon freundlicher als das zuerst Zitierte; denn hier wird zugegeben, daß auch die Arbeitgeber — wie die Meister übrigens immer, bestimmt aber zur Zeit ganz mit Unrecht, tituliert werden — ein Interesse am Tarifvertrag und somit auch am Bestehen einer Gewerkschaft haben; denn mit wem sollte sonst wohl ein Vertrag abgeschlossen werden? Während der Schreiber des ersten Artikels scheinbar von den sozialen und arbeitsrechtlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte kaum berührt wurde, wird im andern Falle anerkannt, daß auch die Gewerkschaften eine wertvolle Funktion im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben erfüllen.

Die Lage der Arbeiterbank

Unter dieser Ueberschrift brachte „Der Maler“, Nr. 1 vom 16. Januar 1932, die Mitteilung, die „Sozialistische Wochenzeitung“ der G.M.P. (Gendewitz-Gruppe) habe einen Artikel gebracht, wonach die Arbeiterbank gefährdet sei. Die „Sozialistische Wochenzeitung“ hat nunmehr folgende Erklärung zu dieser Angelegenheit veröffentlicht:

„Nachdem uns die Firma Bett Simon & Co. eine Berichtigung hatte zugehen lassen, in der sie versicherte, daß das Gesamtguthaben der Arbeiterbank bei ihr noch nicht 6000 M betrage, hat unsere Zeitung in der Nummer vom 30. Dezember 1931 ein Notiz mit der Ueberschrift „Bankhaus Bett Simon berichtigt“ gebracht, worin die Behauptung aufrechterhalten wird, daß das Haus Bett Simon & Co. von der Arbeiterbank einen Kredit von etwa sechs bis acht Millionen erhalten habe.“

Der Maler des Impressionismus

Zum 100. Geburtstag Manets am 23. Januar.

Wenn wir die Gemälde alter Meister betrachten, so sehen wir, und nur wenige machen eine Ausnahme davon, nicht das natürliche Licht, sondern eine mehr oder weniger dunkle bräunliche Tönung, die das Ganze gleich einem Nebel überzieht. Am die Mitte des 19. Jahrhunderts aber begann man, angeregt durch vertiefte Naturbeobachtung, auch anders zu malen. Die Freilichtmalerei begann. Man wagte es, zu malen, wie man sah: in den verschiedensten Beleuchtungen, die natürliche Farbenspiele und Schatteneffekte hervorriefen. Diese Wendung zur Natürlichkeit hin, auch in bezug auf das Erhaschen und Wiedergeben eines flüchtigen Moments, nannte man den Impressionismus. Sein Vater war der große französische Maler Edouard Manet.

Geboren am 23. Januar 1832 in Paris, sollte er zuerst Seemann werden. Naturbeobachtung lernte er auf See. Er hatte sich schon das Streben nach Natürlichkeit angewöhnt, als er beschloß, Maler zu werden. Revolutionär war sein Auftreten: „Ich will malen, was ich sehe —“, gab er einem seiner Lehrer zur Antwort, als ihn dieser wegen der nicht idyllmäßig richtigen Beleuchtung auf einem seiner Altbilder tadelte.

Auf Studienreisen gewannen die großen spanischen Meister Goya und Velasquez sowie Frans Hals, der niederländische Meister des Porträts, immer mehr Einfluß auf ihn. Angeregt durch den Anblick einer mit ihrem Krade im Graje sitzenden Frau, den er 1870 auf dem Landgut eines seiner Freunde hatte, machte er immer mehr und mehr die Sonne zum Mittelpunkt seiner Studien. Wie sich die Farben der Gegenstände unter dem Spiel der Sonne auflösen, verändern und ihre Konturen verändern, das suchte er in seinen Bildern wiederzugeben. Indem er diese Veränderungen der Farbe unter dem Einfluß des Lichtes suchte und seine Werke nach diesem Prinzip schuf, hat er ein neues Kapitel der Kunstgeschichte, den Impressionismus, aufgeschlagen.

Auch ins Motiv seiner Bilder brachte Manet Neuland. Er strebte nach ungezwungener Natürlichkeit. Nichts von gestellter Pose, von absichtlicher Haltung eines Modells sollte sich darin finden. Die momentane Bewegung aufzufangen und wiederzugeben, war sein künstlerisches Streben und Wähen. Wir sehen in seinem Werk Szenen aus dem Aelterleben, aus einer Bar, Ausflüge und Strandspaziergängen, wie sie die eleganten Restaurants bevölkern. Alles war dem wirklichen Leben abgelauscht. Und überall ist es die unerschöpfliche Fülle von Problemen des Lichtes, denen er die ganze Kunst seiner Darstellung zuwendet.

Reich an Ehren und Anerkennung starb Manet im Jahre 1883 in seiner Heimatstadt Paris. Nach ihm und neben ihm haben eine Menge bedeutender französischer Künstler auf jenen Wegen weitergeforscht, die er zuerst so erfolgreich betreten hat. Nag und seither die Malerei vom bloßen Wiedergeben der farbigen Erscheinung zu der des feinsten Ausdrucks, der allem Lebendigen innewohnt, weitergeschritten sein, mag sie auch Neuland erobert haben und vielfach wieder andern Zielen und Idealen dienen, wie Manet und seine Mitstreibenden, Cezanne, Monet, Pissaro und wie sie alle heißen mögen — eines ist gewiß, daß der Impressionismus ein gewaltiger Schritt hin zur Natur war. Und von ihr, die der nähere Mutterboden aller Kunst ist, darf sich der Künstler nie allzu weit entfernen. Einer der größten Pfadfinder auf diesem Wege zur Natürlichkeit und damit zur Lebendigkeit und Wahrheit ist Edouard Manet gewesen, und darum wird die Geschichte der Malerei auch stets seinen Namen mit hohen Ehren nennen.

Der halbe Pfennig

Das neue Ideal der Gelben

Der Reichsrat stimmte kürzlich der Ausprägung von kupfernen Bier-Pfennig-Stücken im Betrage von zwei Millionen Mark zu. Alle Zeitungen brachten schon das Bild des neuen Sparpfennigs. Mit der Ausprägung dieser Stücke wird eine in der letzten Notverord-

nung angekündigte Maßregel zur Erleichterung des Zahlungsverkehrs bei der Preisföschung verwirklicht. Die ursprüngliche Absicht der Reichsregierung, gleichzeitig die fünf-Pfennig-Stücke aus dem Verkehr zu ziehen, wurde vorläufig fallen gelassen.

Dieses Ereignis hat nun wieder die reaktionären Unternehmer und Werksgemeinschaftsleute wachgeschüttelt. Lange unterdrückte Wünsche glaubt man jetzt zu positiven Forderungen formulieren zu können. Bekanntlich kommt es bei Altkordumrechnungen, besonders in Fabriken, schon einmal vor, daß halbe Pfennige entstehen. Diese mußten natürlich bisher stets auf der Lohnküte nach oben abgerundet werden, so daß der Arbeiter einen halben Pfennig „zubiel“ erhielt. Anlässlich der Einführung des Bier-Pfennig-Stückes schreiben nun die Gelben in ihrem „Kampforgan“:

„Warum Bier-Pfennig-Stücke? Wäre es nicht angebrachter, Einhalb-Pfennig-Stücke herauszubringen, da heute besonders auch mit dem halben Pfennig gerechnet werden muß? Darum nicht Bier-Pfennig-Stücke, sondern her mit dem Einhalb-Pfennig-Stück!“

Kraßer als hier dürfte sich wohl seit langem keine kapitalistische Gewinnsucht mehr offenbart haben. Zur Festigung der Einheitsfront von Gelben und Unternehmern schlagen wir vor:

Jeder Pfennig wird unterteilt in halbe, viertel, achtel, fünfstel, zehntel, zwanzigstel, fünfzigstel und hundertstel Pfennig. Jeder Gelbe hat Anspruch auf möglichst „wissenschaftliche“ Lohnverrechnung und exakte Herab-rationalisierung“ des Lohnes nach unten. Alle organisierten haben das Recht, sich durch Bruchberechnung der Lohnpfennige der „gewerkschaftlichen Zwangsjacketwirtschaft“ zu entziehen. Wenn dann der Stundenlohn von beispielsweise 1,15 Mark auf 1,15 Pfennig gefallen sein wird, hört automatisch aller Klassenkampf auf. Das goldig-gelbe Zeitalter ist verwirklicht.“

Hoch lebe die ökonomische Ausbeutung durch die Kapitalbesitzer! Hoch lebe die soziale Gedanklosigkeit der irreführten gelben Proletarier! Schmiljan.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG. hat uns durch Vorlegung völlig beweiskräftiger Unterlagen davon überzeugt, daß die sämtlichen von uns in gutem Glauben gemachten Angaben der Wahrheit nicht entsprechen. Wir erkennen daher insbesondere an,

- a) daß die Arbeiterbank durchaus liquide und in keiner Weise gefährdet ist;
b) daß sie mit der Garantie- und Akzeptbank keinerlei Verbindung hat, noch auch gehabt hat;
c) daß zwischen Direktion und Aufsichtsrat der Arbeiterbank eine Differenz oder gar ein offener Streit weder bestanden hat noch besteht;
d) daß das Guthaben der Arbeiterbank bei der Firma Bett Simon & Co. noch nicht 6000 M beträgt.

Wir bedauern, einer falschen Information zum Opfer gefallen zu sein und erklären, daß uns unserer ganzen Einstellung nach nichts ferner gelegen hat als eine Schädigung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG.

Das d. Verbandsleben

München. Am 16. Januar hielt unsere Filiale ihre Generalversammlung ab. Der starke Besuch legte Zeugnis davon ab, daß trotz wirtschaftlich schlechter Zeit noch ein reges Interesse an der Organisation vorhanden ist. Im Jahresbericht gab der Vorsitzende, Kollege G o m b e r, einen Überblick über die im verflochtenen Jahre getätigte Arbeit. Er wies darauf hin, daß im Jahre 1931 noch nicht 50 % der Kollegen Beschäftigung hatten. Wie es im kommenden Jahre sein werde, könne noch niemand voraussagen. Festes Zusammenhalten der Kollegen sei daher mehr denn je notwendig. Darauf gab Kollege P o t s c h e r n i t den Rassenbericht, der ohne Widerspruch entgegengenommen wurde. Die Wiederwahl des Vorstandes erfolgte einstimmig. Der Neuwahl der Revisoren, Kartellbelegierten und Lohnkommissionsmitglieder folgte eine rege Aussprache über das Thema: Arbeitsbeschaffung im Frühjahr. Alle Kollegen waren einig, daß eventuell der Weg der Selbsthilfe beschritten werden müßte, sollten die Kleinmeister bis dahin ihre Methode nicht geändert haben. Jetzt werden fast nur noch Lehrlinge beschäftigt, selbst bei größeren Arbeiten, weil die ausführende Firma dazu Lehrlinge geliehen erhält. Das zeigte sich auch wieder bei der Renovierung einer hiesigen Kirche. Nicht allein, daß die Arbeit einer auswärtigen Firma übergeben wurde, beschäftigt man bei dieser Arbeit unter Berücksichtigung eines hiesigen Meisters nur einen Gehilfen und mehrere Lehrlinge. Was die Kirchensteuerzahler in dieser Pfarrei dazu sagen, braucht nicht näher erwähnt zu werden. Wir werden aber Schritte unternehmen, um eine Milderung herbeizuführen. Auch das Problem der Hauszinssteuer wurde behandelt. Mit einem Appell an die Kollegen, im neuen Jahre dem Verbands die Treue zu halten und weiter zu arbeiten zum Wohle aller schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Frankfurt am Main. Bereits im vorigen Jahre wurde mitgeteilt, daß der Witwenverband Frau Burkhart & Kaiser, Frankfurt am Main, der Weißbindermeister Karl Burkhart, wegen Hinterziehung der Beiträge für die Kranken- und Erwerbslosenunterstützung zu einem Monat und zwei Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Vor einigen Tagen standen die beiden Inhaber der Firma erneut vor den Schranken des Gerichts. Wieder haben sie eine ganz ansehnliche Summe nicht an die betreffende Kasse abgeführt. Alle faulen Ausreden und die Berufung auf die schlechte Wirtschaftslage nützen nichts. Der Strafrichter kennzeichnete in gebührender Weise das Verhalten der beiden Inhaber und verurteilte Burkhart zu 3 Wochen und Kaiser zu 1 Woche Gefängnis.

Greifswald. Die sehr gut besuchte Generalversammlung unserer Filiale wurde am 15. Januar abgehalten. Der Vorsitzende, Kollege S p o h n h o l z, berichtete zunächst über den neuen Lohn vom 1. Januar 1932 an. Dieser beträgt in Greifswald für Maler 90 S, Lackierer 85 S und für Anstreicher 82 S die Stunde. Hierüber setzte eine lebhafte Debatte ein. Es wurde darauf hingewiesen, daß die bisherige Preisentung in keinem Verhältnis zur Lohnsenkung steht. Dann folgte der Jahresbericht. Dieser ergab viele interessante Momente. Darauf gab der Kassierer R o s s den Rassenbericht. Leider hätten auch die Rassenverhältnisse im verflochtenen Jahr unter der großen Arbeitslosigkeit, die am Orte durchschnittlich 70 % betrug, gelitten. Der Mitgliederbestand ist von 32 auf 26 heruntergegangen. Mit großer Freude hätten die Mitglieder die Sonderunterstützung entgegengenommen. Auf Antrag wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Der gesamte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Am 19. Januar 1932 war die Kollegenschaft zu einer außerordentlichen Versammlung zusammengerufen worden. Kollege R i n g e l vom Hauptvorstand referierte über das Thema: Die Gewerkschaften und ihre Feinde. Sein 1 1/2 stündiges Referat war für die Kollegenschaft sehr lehrreich. Eine Diskussion fand nicht statt.

Neustrelitz. Die Filiale, der die Zahlstellen Waren, Neubrandenburg, Friedland und Strelitz angeschlossen sind, hielt am 17. Januar ihre Generalversammlung ab. Wegen der finanziellen Lage der Filiale wurde davon Abstand genommen, Delegierte der einzelnen Zahlstellen hinzuzuziehen. Der Vorsitzende, Kollege B ü t t n e r, gab einen Jahresrückblick, aus dem zu ersehen war, daß das Jahr 1931 uns in unserer Entwicklung gehindert hat. Die Arbeitslosigkeit war in allen Orten des Filialgebietes gleich groß und schwankte zwischen 60 und 100 % der Mitglieder. Das Jahr stand im Zeichen der Lohnkürzungen. Während am 1. Januar 1931 der Stundenlohn 1,08 M betrug, beträgt dieser heute 92 S für das Lohngebiet Neustrelitz-Waren, 82 S für Neubrandenburg, 73 S für Friedland. Die außergewöhnlich schlechte Wirtschaftslage reizte einige Arbeitgeber, die tariflich festgelegten Lohnzuschläge für Landarbeit, Ueberstunden usw. nicht zu zahlen. Sie wurden aber dazu verurteilt. Gegen die Meister Oskar Frädrich und A. Freudenreich, Neustrelitz, mußten wir für drei Lehrlinge Klage führen wegen Kostgelderückstände. In einem Falle handelte es sich um 92 M, im

Eiserne Front für Volksrechte! Gegen Diktatur!

An alle deutschen Männer und Frauen freiheitlicher Gesinnung!

Vorbei sind die Monate der bloßen Verteidigung und Abwehr! Das Deutschland der Republik und Demokratie steht für Volksrechte gegen Diktatur. Widerstandswille ist aufgeflammt in allen deutschen Gauen. Es hat keiner Propagandakünste und keiner Befehle bedurft. Ein Anstoß — wenige organisatorische Hammerschläge genügten: in Stadt und Land wuchs empor die

Eiserne Front für Volksrechte gegen Diktatur!

Neben die Einheiten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold traten die Arbeitersportler und in den Betrieben formierten sich alle freiwillig gestellten Gewerkschafter als Hammergruppen der Eisernen Front.

Eine Millionennarmee — nicht für gewaltsame Angriffe, sondern wider alle Bürgerkriegspläne! Die Existenz dieser durch eine wahre Volkshebung aufgerichteten Eisernen Front muß jeden Gedanken auf Raub politischer, gewerkschaftlicher und kultureller Freiheiten ersticken. Die Eisernen Front ist keine Partei und will nicht eine Partei sein. Ihr Dienst gilt der bedrohten Freiheit des deutschen Volkes, der Erfüllung der Verheißungen in der Verfassung von Weimar.

Viele bittere Tage, harte Wochen und schwere Monate der Abwehr und des Ausharrens liegen hinter uns. Bis in die Fundamente hat eine unerhörte Krise die deutsche Wirtschaft erschüttert, Industrie, Handel und Gewerbe sowohl wie Landwirtschaft. Millionen der besten deutschen Arbeiter, darunter Hunderttausende Kriegsteilnehmer, stehen an den Stempelstellen; mit ihnen sind hochqualifizierte Angestellte, Techniker und Ingenieure zu qualvollem Feiernüssen verurteilt. Tausende und aber Tausende junger, arbeitsdürstiger Männer und Frauen der freien Berufe sehnen den Tag herbei, der ihnen Gelegenheit gibt, die in jahrelangen Studien erworbenen Kenntnisse zu ihrem und des deutschen Volkes Nutzen zu verwerten. Sie alle leben von kärglicher Unterstützung oder sind angewiesen auf die Hilfe ihrer Familien.

Wer ist noch sicher, daß nicht auch ihn und seine Familie die Lawine der Wirtschaftskrise in den Abgrund reißt? Der Arbeiter nicht und nicht der Angestellte. Der Bauer nicht und nicht der Handwerksmeister. Kein Unternehmer mehr — und sei er ein persönlich noch so einsichtiger und tüchtiger Mann — hat die Sicherheit, seinen Betrieb aufrechterhalten zu können. Ist ein Volk in Not, trifft's auch die Beamten in Reich, Staat und Gemeinden.

Diese Zeit der Not wird seit Jahr und Tag verlängert und verschärft von herrschsüchtigen Egoisten, die für die Massen des Volkes zu Arbeitslosigkeit, zu Lohn- und Gehaltsabbau auch noch den Raub der Rechte eines freien Staatsbürgers fügen wollen. Mit Millionen, die von Lohn und Gehalt abgezogen wurden, sind Bürgerkriegsarmeen aufgestellt und ausgerüstet worden; werden

ganze Schwärme von Schwadronneuren durch Stadt und Land geschickt; wird Propaganda bezahlt, die als „Ketter“ die Verderber Deutschlands anpreist. Der Kampf Deutschlands um Aufhebung der würgenden Reparationszahlungen ist jenen Leuten nur ein Mittel zur innerpolitischen Verhezung.

Ein Volk, das sich durch Drohung mit Gewalt und bezahlte Demagogie das Recht der Selbstregierung nehmen läßt, wird nie die äußere Freiheit erringen und erhalten können.

Im Sitterismus hat sich diese wirre Zeit einen gewalttätigen Götzen gegeben. Scharlatane fordern die unumschränkte Herrschaft über Leben und Tod, Arbeitskraft und Eigentum aller Deutschen. Nicht die Spur einer schöpferischen Idee — nichts weiter als Blutphantasie hat der sogenannte Nationalsozialismus aus eigenem hervor gebracht.

Großes steht auf dem Spiel — Großes muß von allen freiheitlich gesinnten deutschen Männern und Frauen in den kommenden Wochen und Monaten gefordert und geleistet werden. In allen Bezirken des Reiches muß bis zum 21. Februar 1932 die Eisernen Front formiert sein.

Rundgebungen am 21. Februar in ganz Deutschland müssen Freunden und Gegnern die Macht und Kraft der Eisernen Front sinnfällig vor Augen führen.

Gewaltige Geldmittel stehen den Feinden des Staates von Weimar zur Verfügung. Sie hoffen, durch Riesenaufwand an Propaganda die Demokratie niederrücken zu können. Auch diese Spekulation wird und muß fehlschlagen. In allen Bezirken sind unverzüglich Maßnahmen zur Durchführung einer

Mittwoche der Eisernen Front zu treffen und öffentliche Sammellisten aufzulegen.

Es gilt, der Zerstörung von Deutschlands letzter Wirtschaftskraft Einhalt zu tun; jetzt heißt es, die gewaltigen Energien, die allein die Demokratie zu entfeffeln vermag, für die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands einzusetzen. Voraussetzung dafür ist der Sieg der politischen Vernunft über die Propheten des Chaos.

Eiserne Front für soziale Gerechtigkeit!

Eiserne Front für wirtschaftliche Gesundung!

Eiserne Front für außenpolitische Freiheit, Frieden und Völkerverständigung!

Eiserne Front wider alle Feinde der demokratischen Republik!

Eiserne Front für Volksrechte gegen Diktatur!

Berlin, den 25. Januar 1932.

Die Reichs-Kampfleitung der Eisernen Front.

zweiten um 310 M und im dritten um 100 M. In der ersten Klagesache hatten wir vollen Erfolg, beim zweiten wurde ein Vergleich auf 210 M abgeschlossen und ein Teilurteil über 30 M erreicht. Außerdem wurden diese Meister bei der Handwerkskammer und bei der Ortspolizeibehörde angezeigt. Trotz der großen Arbeitslosigkeit und der schweren wirtschaftlichen Verhältnisse haben doch alle Kollegen dem Verbands die Treue gehalten. Der Bericht des Kassierers, Kollege R e c h l i n, war nicht rosig, denn es war daraus zu ersehen, daß wir zum ersten Male Schulden bei der Hauptkasse haben. Der alte Vorstand wurde bestätigt.

Wilhelmshaven. Am 13. Januar tagte die Generalversammlung unserer Filiale. Kollege P o p k e n gab einen ausführlichen Geschäftsbericht. Er führte etwa folgendes aus: Gegenüber dem Vorjahre weisen unsere Einnahmen keine nennenswerte Verringerung auf. Die Gesamteinnahmen und -ausgaben betragen für das 1931 24 161,93 M. Der Rassenbestand unserer Filiale beträgt 7043,35 M abzüglich 250 M zu wenig an die Hauptkasse eingekannter Gelder. Das Filialvermögen ist gegenüber dem Vorjahre um rund 1000 M gestiegen. Ein Beweis, daß trotz der schlechten Einnahmen die normalen Erübrigungen beibehalten werden konnten. Von den 13 228,65 M Einnahmen für die Hauptkasse wurden im Laufe des Jahres 6264,80 M in Form von Unterstüzungen an die Kollegen zurückgezahlt. Das sind rund 50 % der Hauptkasseneinnahmen. Daraus geht hervor, daß der wirkliche Beitrag wesentlich niedriger ist als es den Anschein hat. Die Arbeitslosigkeit ist in unserm Beruf gegenwärtig groß; sie war aber im Durchschnitt des Jahres 1931 gegenüber dem Jahre 1930 nicht wesentlich erhöht. Dieses zeigt am besten der Verkauf der Arbeitslosenmarken. Im Jahre 1929 wurden umgekehrt 2830 Stück, während im Jahre 1930 der Umsatz auf 5665 Stück, also um 100 % gestiegen ist. Im Berichtsjahre wurde diese Zahl noch um 1200 Stück überholt, so daß der Umsatz von 6865 Stück im Berichtsjahre rund 50 % aller verkauften Marken ausmacht. Das bedeutet, daß jeder einzelne Kollege im Durchschnitt 26 Wochen arbeitslos war. Trotzdem ist unser Mitgliederbestand auch im Geschäftsjahr erhalten geblieben. Ein Zeichen, daß die Mehrzahl der Kollegen im Filialgebiet von der Notwendigkeit ihrer Organisationszugehörigkeit überzeugt ist. Dies beweisen auch folgende Zahlen: Der Mitgliederbestand vom Jahre 1928 betrug 332, stieg 1929 auf 361, 1930 auf 374, und fiel 1931 auf 367. Die Entwicklung der Lehrlingsabteilung kann in den letzten Jahren nicht befriedigen. Es war der Filialverwaltung nicht möglich, eine geeignete Person für die Leitung der Jugendgruppe zu finden. Mit dem Kollegen S o b e n s i e f k e n, der sich wieder der Jugend zur Verfügung gestellt hat, hoffen wir, daß nunmehr eine weitere Aufwärtsentwicklung in unserer Jugendbewegung Platz greift. Von besonderer Bedeutung waren die Lohn- und Tarifverhandlungen im Jahre 1931. Seit Bestehen des Reichstarifvertrages, das ist seit dem Jahre 1910, haben wir es nicht erlebt, daß unsere Löhne eine Abwärtsentwicklung aufzuweisen hatten. Dies konnte nur

geschehen, weil die Regierung den Lohnabbau unterstützte und ein Eingreifen der Gewerkschaften von vornherein durch die große Arbeitslosigkeit behindert wurde. Hätte man sich über diese Schwierigkeiten hinweggesetzt, so wäre die Gefahr einer tariflosen Zeit in bedenkliche Nähe gerückt. Das letztere hätte aber nur den Unternehmern genützt. Wenn auch bei der letzten Lohnsenkung durch die 4. Novemberverordnung ein grober Eingriff in das Tarifrecht vorgenommen wurde, so können wir doch darauf hinweisen, daß die Unabdingbarkeit des Vertrages nach wie vor besteht. Verstöße gegen den Vertrag werden auch in Zukunft mit allen Mitteln belämpft werden. Am Schlusse seiner Ausführungen ersuchte Kollege Popken, weiter im Interesse der Organisation tätig zu sein und auch für das Jahr 1932 die Ortsverwaltung in ihrer Arbeit zu unterstützen. Die anwesenden Kollegen waren mit der Tätigkeit der Verwaltung im Berichtsjahre zufrieden. Die alte Verwaltung wurde wiedergewählt.

Baugewerbliches

Mehr Arbeit für das Malergewerbe?

Durch die Tagespresse gehen Notizen, nach denen man mit einer Belebung der Konjunktur im Malergewerbe rechnet. Man verweist dabei auf die Tatsache, daß durch die in der letzten Notverordnung geschaffene Möglichkeit der Wohnungskündigungen, von der recht häufig Gebrauch gemacht worden ist, zu den nächsten Umzugsterminen mit einem größeren Wohnungswechsel zu rechnen sei.

Die erhebliche Nachfrage nach kleineren und mittleren Wohnungen habe das Wohnungsbauproblem — Teilung von Großwohnungen — wieder in den Vordergrund der Erwägungen gerückt. Ein Teil der Kommunen habe zur Durchführung von Teilungsarbeiten Mittel in beschränktem Umfange zur Verfügung gestellt. Einige Hausbesitzer seien bereits dazu übergegangen, Aufträge zu erteilen. In Kreisen des Baugewerbes hoffe man, daß weitere folgen werden, zumal in solchen Häusern, wo die technische Voraussetzung für eine Teilung gegeben sei. Die Besitzer müßten sich darüber im klaren sein, daß bei dem heutigen Lebensstandard weiter Kreise das Vermietgeschäft für Großwohnungen auf unbestimmte Zeit gleich Null sein werde.

Die Baunebengewerbe würden durch den Wohnungswechsel besonders mit zusätzlichen Aufträgen rechnen können, da die freiwerdenden Wohnungen, vielfach aber auch die, die neu bezogen werden, renoviert werden müßten. Tapezierer und Maler würden daraus Nutzen ziehen.

Werft die gelesenen „Maler“ nicht fort! Gebt sie den Unorganisierten!

Genossenschaftliches

Praktische Zusammenarbeit von Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften in Frankreich.

Trotz der allerschönsten Theorien über das Zusammenwirken von Landwirtschaft und Konsumgenossenschaften ist noch kein einziger praktischer Schritt zur Lösung der Frage getan worden. Wir, die sogenannten geborenen Organisatoren, haben es nicht fertiggebracht. Denn auch die kleinbäuerliche Landwirtschaft steht infolge der jahrzehntelangen parteipolitischen Verheerung ihrer „Führer“ die Konsumgenossenschaften nur mit einer Art Scheu an, möchte gerne mit ihnen Geschäfte machen, aber nicht in Berührung kommen.

Dagegen haben die französischen Konsumgenossenschaften mit ihrer Landwirtschaft bereits engsten Kontakt. Sie stehen beispielsweise vor der Errichtung gemeinschaftlicher Getreidemöhlen, an denen die landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften je zur Hälfte beteiligt sein sollen. Zwischen den Mühlen als Drehpunkt der Zusammenarbeit und den beiderseitigen Genossenschaftsorganisationen werden Verträge über den An- und Verkauf des Getreides beziehungsweise Mehls abgeschlossen, wobei für die Abrechnung der von den Präsektoren ermittelte amtliche Brotpreis einerseits und eine zentrale Ausgleichsstelle für den Getreidepreis andererseits maßgebend sein werden. Das Mehl würde also keinen eigenen Preis haben; er würde unmittelbar vom Brotpreis abhängen, woraus dann der Getreidepreis zu errechnen ist. Die beiderseitigen Ueberschüsse, die sich für die Konsumgenossenschaft aus der Bäckerei, für die landwirtschaftliche Genossenschaft aus dem Getreidepreis ergeben, werden durch die Ausgleichsstelle ermittelt und im Verhältnis 1:1, also gleichmäßig zwischen Landwirten und Verbrauchern geteilt.

Ein weiteres Projekt betrifft die Errichtung einer großen gemeinschaftlichen Brotfabrik, deren Betriebskapital von der großen Pariser Konsumgenossenschaft „L'Union des Coopérateurs“ und einer größeren landwirtschaftlichen Mühlengenossenschaft in Angers aufgebracht wird. Die Mühlengenossenschaft der Landwirte verpflichtet sich, ihr Mehl der gemeinsamen Bäckerei zu liefern, während die Konsumgenossenschaft das Brot der Bäckerei zu verkaufen hat. Ein interessantes Abrechnungsverfahren sichert jedem vertragsschließenden Teil den gerechten Preis ihres Produkts, und der erzielte Ueberschuss verbleibt nach Abweisung einer Rückvergütung für die Mitglieder der Konsumgenossenschaft wie für die der landwirtschaftlichen Abzuggenossenschaft der gemeinschaftlichen Brotfabrik beziehungsweise kommt zu gleichen Teilen Erzeugern und Verbrauchern zugute.

Das Interessante bei diesem Projekt ist, daß sich die französische Regierung dafür stark interessierte und, um über die Schwierigkeit der Finanzierung für den Anfang hinwegzuhelfen, einen Kredit von 150 Millionen Franken (zirka 25 Millionen Mark) zugestimmt hat mit einem so niedrigen Zinssatz, daß die erfolgreiche Verwirklichung der praktischen Zusammenarbeit von Verbrauchern und Erzeugern gewährleistet ist.

Die Schlussfolgerungen hieraus sind für deutsche Verhältnisse nicht gerade übermäßig günstig. Denn die deutsche Reichsregierung wie die einzelnen Länderregierungen stehen unter dem Druck ökonomischer Mittelstandsschlagworte, die auch von den Spitzenorganisationen des Handels und der Industrie parlamentarisch durch steuerliche Bedrückung der Konsumgenossenschaften zum Ausdruck kommt. In einer Zeit, wo man der Sparsamkeit jeglichen Vorstoß leisten sollte und dabei auch noch der kleinen Landwirtschaft größten Nutzen schaffen könnte,

Verschiedenes

Katenzahlung und Arbeitslosigkeit.

Hier und da findet man die Meinung vertreten, daß der Eintritt von Arbeitslosigkeit von der Verpflichtung, die Katenzahlungen für irgendeinen gekauften Gegenstand pünktlich auch weiterhin zu entrichten, befreit. Diese Meinung ist leider falsch! Der arbeitslos gewordene Kollege ist nach wie vor verpflichtet, die Katen für den gekauften Radioapparat, das Fahrrad, die Nähmaschine, das Möbelstück oder dergleichen zu entrichten. Wer zum Beispiel eine Familienzeitung mit Abonnentenversicherung hält, muß auch weiterhin die Abonnementsgebühren zahlen. Die Arbeitslosigkeit ist auf ein bestehendes privates Rechtsverhältnis ohne jeden Einfluß. Daran sollte jeder Arbeitnehmer denken, der vor dem Abschluß eines Katenauftrages steht. Wer verständlich handeln will, lasse in den schriftlich zu schließenden Kaufvertrag hineinschreiben: „Wird der Käufer arbeitslos, so entfällt für die Dauer der Arbeitslosigkeit jede Verpflichtung zur Katenzahlung.“ Wenn man dem Vertreter eine derartige Klausel vorschlägt, so wird dieser wahrscheinlich nicht darauf eingehen. Diese Weigerung möge dem Kollegen ein deutlicher Beweis sein, daß die Katenzahlung unter allen Umständen die Einhaltung der Katenzahlungen trotz Arbeitslosigkeit erzwingen wird. Datum größte Vorsicht bei Verträgen mit Abzahlungsgeheimnissen.

Sozialversicherung

Anrechnung von Renten auf die Aka.

Die neue „Notverordnungs“-Gesetzgebung hat auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung mancherlei Verbesserungen gebracht. So werden beispielsweise Renten,

Hermann Rube †

Wir haben schon in Nr. 4 des „Maler“ eine Notiz vom Ableben des langjährigen Hauptkassierers im Vorstande des AOKB, Hermann Rube, gebracht. Der 67jährige schloß am 17. Januar für immer die Augen, nachdem er schon längere Zeit schwer erkrankt war. Mit dem Verstorbenen ist einer von der alten Garde aus dem Leben geschieden, der seine ganze Kraft, sein sich in harter Arbeit erworbenes Wissen und Können freudig in den Dienst der Arbeiterbewegung stellte. Trotz seiner großen Fähigkeiten war er stets bescheiden und zurückhaltend; alles Geräuschvolle lag seinem Wesen fern.

Hermann Rube wurde in Torgau geboren und war von Beruf Zimmerer. In seiner Berufsorganisation, der er seit 1889 als Mitglied angehörte, bekleidete er von 1889 bis 1903 das Amt eines besoldeten Kassierers der Zahlstelle Berlin. Im Jahre 1903 wurde er mit dem Amt des Vorsitzenden des Verbandsausschusses betraut, das höchste Ehrenamt, das die Berufsorganisation zu vergeben hatte. Im Jahre 1902 wurde er vom Stuttgarter Gewerkschaftskongress in die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gewählt. Seit deren Ueberführung nach Berlin, im Jahre 1903, vertrat er das Amt des Bundeskassierers. In der fast 30jährigen Tätigkeit hat



er sich zweifellos das Vertrauen aller Gewerkschaften erworben. Die Erfolge des AOKB wären nicht möglich gewesen, wenn neben andern nicht auch die Kassenverhältnisse in besserer Ordnung gehalten wurden. Seine umfassenden Kenntnisse brachten es mit sich, daß Hermann Rube neben seinem Kassiererposten im Bundesvorstand auch Geschäftsführer der Verlagsgesellschaft des AOKB war. Er war auch Mitbegründer der „Volkshilfe“, deren Aufsichtsrat er angehörte, ferner Aufsichtsratsmitglied der Arbeiterbank, des Verbandes sozialer Baubetriebe, der Demog (Deutsche Wohnungsfürsorge AG) und des Lindcar-Fahrradwerkes. Als Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes war Hermann Rube daneben Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank.

Aus dieser reichen Fülle von Aufgaben, mit deren Erfüllung der Verstorbene betraut wurde, ist das große Vertrauen zu erkennen, dessen er sich allgemein erfreute. Er hat sich dieses Vertrauens bis zur letzten Stunde seines Lebens würdig erwiesen. Hermann Rube trat auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongress im September vorigen Jahres von seinem Posten zurück, um einem Jüngeren, Rüstigeren Platz zu machen. Der Wunsch seiner Freunde und aller Gewerkschafter, auf ruhige sonnige Jahre nach einem Leben voller Mühe, hat sich leider nicht erfüllt, denn noch ist kein Nachfolger für ihn gefunden, so daß er die Geschäfte weiterführte. Hermann Rube sollte allen Gewerkschaftern ein nachstrebenwertes Vorbild sein.

Ruhegeld, Arbeitsverdienst usw. heute in weit stärkerem Maße als früher auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet. Diese Anrechnung kann sogar soweit führen, daß der sonst an und für sich anspruchsberechtigte Arbeitslose für eine bestimmte Zeit keine Unterstützung erhält. Ist dies schon für den betreffenden Arbeitslosen betrüblich genug, so gibt diese Anrechnung auf die Unterstützung und die dadurch bedingte Nichtgewährung derselben noch zu mancherlei rechtlichen Streitfragen Anlaß. Eine derselben ist die, ob eine solche Zeit, während deren die Arbeitslosenunterstützung nicht gewährt wird, auf die Höchstdauer der Unterstützung anzurechnen ist oder nicht. Eine weitere — ebenso wichtige — Frage ist die, ob während dieser Zeit die vorgeschriebene Wartezeit läuft. Mit diesen beiden Streitfragen hat sich unlängst der Spruchsenat für Arbeitslosenversicherung beim Reichsversicherungsamt zu beschäffigen gehabt. Es sind hierbei unterm 2. Oktober 1931 folgende Entscheidungen gefällt worden: Die Wartezeit nach § 110 und folgende des Gesetzes läuft auch während einer Zeit, für die die Arbeitslosenunterstützung nur infolge von Anrechnung nach § 112 b nicht gewährt wird.

Eine Zeit, für die die Arbeitslosenunterstützung infolge von Anrechnung nach § 112 b nicht gewährt wird, ist auf die Höchstdauer der Arbeitslosenunterstützung nicht anzurechnen.

Diese Entscheidungen sind erfreulicherweise günstig für die Versicherten ausgefallen. Erhält der Arbeitslose demnach keine Unterstützung, da ihm entweder eine Rente, Ruhegeld usw. oder ein Verdienst seiner Ehefrau auf die Unterstützung angerechnet wird, so wird diese unterstützungslöse Zeit auf die Bezugsdauer der Unterstützung

nicht angerechnet. Die Bezugsdauer verlängert sich somit um diese Zeit. Weiter ist nunmehr endgültig entschieden worden, daß die für den Erhalt der Unterstützung vorgeschriebene Wartezeit auch während der Zeit läuft, in der der Arbeitslose infolge Anrechnung keine Unterstützung erhält. Fällt die Anrechnung weg und hat der Arbeitslose Anspruch auf Unterstützung, so braucht er keine neue Wartezeit zurückzulegen. R-3.

Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

Gebrauchsmuster.

Nr. 75 c. 1 202 540. Verkaufspackung für Bronzepulver bzw. Bronzefarben. E. Auerbach & Co., Fürth i. Bayern, Königswarter Straße 46.

Angemeldete Patente.

Nr. 22 g. M. 103 499. Verfahren zur Herstellung rostschützender Anstrichmittel. Dr. Egon Meier, Halle a. d. S., Niesleben, Paul-Heydenreich-Straße 10.

Nr. 22 g. J. 37 478. Anstrichmittel, insbesondere für Rostschutz. J. G. Farbenindustrie Akt.-Ges., Frankfurt a. M.
Nr. 22 g. E. Verfahren zur Herstellung von Anstrichfarben gegen Korrosion. Gustav S. C. Erdmann, Hamburg 8, Brandstvierte 28.

Vom 24. Jan. bis 30. Jan. ist die 4. Beitragswoche.
Vom 31. Jan. bis 6. Febr. ist die 5. Beitragswoche.

Literarisches

Was ist das für ein Mensch! Das Rätsel Matuschka, seine Verbrechen und sein Doppelleben. Von Bernh. Hoff. Preis 2,70 M. Als in Filderkog und bald darauf in Ungarn Eisenbahnattentate erfolgten, hat man sich die größte Mühe gegeben, der Täter habhaft zu werden, ohne jedoch damit Erfolg zu haben. In Matuschka, einen nach Auskünften in besten Verhältnissen lebenden Bürger in Wien dachte noch niemand. Eines Tages aber gelang es der Kriminalpolizei, ihn zu überführen. Was sich nun herausstellte, war so abgründig und einzig in der Welt, daß alle Menschen, die durch die Zeitungen davon erfahren, aufschrien. Matuschka hatte jahrelang ein Doppelleben geführt und schwankte ständig zwischen den Extremen im guten und bösen hin und her. Das alles wird in dem Buche glänzend dargestellt, so daß dessen Inhalt jeden Leser gefangen nimmt.

In einer im Dieb-Verlag erschienenen Broschüre „Eiserne Front“ vereinigen sich Otto Weiss, Karl Söller, Max A. N. Peter, Graßmann und Fritz Willing, um die Marschrichtung und das Angriffsziel der antifaschistischen Kampforganisation darzulegen. Das Heft wird in der Aufbau- und Aufbauarbeit der Eisernen Front gute Dienste tun. Der Preis beträgt 15 S.

Gewerkschaftsarbeit. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung mit der Beilage „Gewerkschaftliche Bildungsarbeit“, Heft 1, Januar 1932. Dieses Heft enthält eine Reihe Artikel, die, kritisch gelesen, für jeden Gewerkschafter nützlich sein können. Wenn er auch dem Inhalt nicht immer vorbehaltlos zustimmen vermag, so wird er aber ange-regt, sich mit den angeschnittenen Problemen und wenn eventuell auch nur innerlich auseinanderzusetzen. Dies wird besonders mit den Artikeln: „Aktive Wirtschaftspolitik“ — „Aktive Wirtschaftspolitik“ von M. Bergmann und Kritik an der gewerkschaftlichen Lohnstatistik von A. Förster gelassen müssen. Auch alle andern Artikel des Heftes sind lesenswert. Der Preis des Heftes beträgt 1 M. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postanstalten und der Verlag in Jena entgegen.

Das neue Volk — der neue Staat. Sieben Aufsätze. Von Adolf Grimme. Verlag F. S. Dieckhoff Nachf., G. m. b. H., Berlin. Preis 20 S. Dem Gedos des neuen Staatsbegriffes hat kein verantwortlicher Staatsmann so paffen-den und überzeugenden Ausdruck zu geben vermocht wie Adolf Grimme, Preisens-Kultusminister. Es ist zu begrüßen, daß der Dieb-Verlag eine Auswahl der gleichermäßen durch Tiefe der Gedanken wie durch Reife der Form ausgezeichneten Reden und Aufsätze Grimmes herausgebracht hat. Die Lektüre bedeutet Genuss und Gewinn.

Deutschland erwache! — Deutschland lache! Unter diesem Motto legt der Dieb-Verlag eine 15-Seiten-Broschüre „Das Selbstporträt Adolf Hitlers“ vor, in der Bitate aus der Autobiographie Hitlers „Mein Kampf“ aufbereitet werden. Wenn man diese Bierbrot-Schwabronnen des Braunauer Heros liest, weiß man nicht, was da stärker wirkt: die unfreiwillige Komik der geschwollenen Tiraden oder die Bösartigkeit einer verantwortungslosen Demagogie, die sich in irrigen Kriegsbekanntverhaltens-ergebnissen festsetzt, die sich in irrigen Millionen Menschen auf den Heim kriechen können? Im Kampf gegen den Nationalsozialismus dürfte das „Selbstporträt Adolf Hitlers“ gute Dienste leisten.

Sterbetafel

Greiz. Nach kurzem Leiden verstarb am 10. Januar unser Kollege Bernhard Schädlisch im 71. Lebensjahr. Er war 30 Jahre Mitglied unseres Verbandes.

München. Am 15. Januar starb unser lieber Kollege Michael Siltner.

Wiesbaden. Am 3. Januar starb unser langjähriger, treuer Kollege und Mitglied der Filialverwaltung Georg Amstutz im Alter von 53 Jahren infolge Nervenleidens. Der Verstorbene gehörte 25 Jahre ununterbrochen dem Verbands an.

Wuppertal-Barmen. Unser treuer Kollege W. Rynse starb am 18. Januar an der Proletarierkrankheit im Alter von 62 Jahren.

Zeitz. Am 10. Januar verstarb im Alter von 54 Jahren unser lieber Kollege Hermann Hartung.

Ehret ihrem Andenken!

Filiale Dessau

Generalversammlung Freitag, 12. Februar 1932, im Eivolt, 20 Uhr.

Die Mitgliederversammlungen finden in jedem Monat stets statt in Dessau am zweiten Freitag, in Zerbst und Köslau am ersten Sonnabend, in Coswig am zweiten Sonnabend des laufenden Monats. Der Vorstand.